S 4 SF 1799/19 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Baden-Württemberg
Sozialgericht	Landessozialgericht Baden-Württemberg
Sachgebiet	Sonstige Angelegenheiten
Abteilung	10
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Der im Rahmen von Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwalt hat keinen Anspruch auf eine weitere Vergütung im PKH-Überprüfungsverfahren.
Normenkette	RVG § 16 Nr. 2 , RVG § 15 Abs. 5 ; ZPO § 120a

1. Instanz

Aktenzeichen	S 4 SF 1799/19 E
Datum	21.08.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 SF 3437/19 E-B
Datum	17.02.2020

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Beschwerde des Erinnerungsführers gegen den Beschluss des Sozialgerichts Mannheim vom 21.08.2019 ([S 4 SF 1799/19 E](#)) wird zurückgewiesen. Das Verfahren ist gebührenfrei; Kosten werden nicht erstattet.

Gründe:

I.

Mit seiner Beschwerde begehrt der Erinnerungsführer eine Vergütung aus der Staatskasse nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) für seine anwaltliche Tätigkeit in einem Prozesskostenhilfeüberprüfungsverfahren im Anschluss an das Hauptsacheverfahren S 18 R 1945/14 beim Sozialgericht Mannheim (SG).

Mit Beschluss des SG vom 04.12.2014 wurde dem seinerzeitigen Kläger des Hauptsacheverfahrens Prozesskostenhilfe (PKH) unter Beiordnung des Erinnerungsfahrrers gewährt. Im November 2015 einigten sich die Beteiligten in der Hauptsache vergleichsweise; der Vergleich beinhaltete übereinstimmende Erledigungserklarungen und eine Kostenregelung (Gegner 1/3). Im Anschluss daran setzte die Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle (UdG) des SG auf den "PKH-Kostenfestsetzungsantrag" des Erinnerungsfahrrers von November 2015 die Vergaltung aus der Staatskasse antragsgema fest (insgesamt 1.172,86 EUR, u.a. Verfahrensgebahr nach Nr. 3102 des Vergaltungsverzeichnisses â VV â zum RVG i.H.v. 400,00 EUR) und veranlasste die Auszahlung (Dezember 2015).

Mitte Oktober 2018 leitete die UdG mit Schreiben an den Erinnerungsfahrer unter Hinweis auf [ 73a](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) i.V.m. [ 120a](#) der Zivilprozessordnung (ZPO) eine Überprüfung der zu leistenden Zahlungen aus der PKH ein. Nachdem der Erinnerungsfahrer Einkommensnachweise des seinerzeitigen Klägers vorgelegt und sich eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht ergeben hatte, verfügte die UdG den Vorgang zu den Akten.

Mit "PKH-Kostenfestsetzungsantrag" von Mitte April 2019 machte der Erinnerungsfahrer für das PKH-Überprüfungsverfahren eine Vergaltung aus der Staatskasse i.H.v. insgesamt 202,30 EUR geltend (Verfahrensgebahr nach Nr. 3335 VV RVG i.H.v. 150,00 EUR, Auslagenpauschale i.H.v. 20,00 EUR nach Nr. 7002 VV RVG zzgl. Umsatzsteuer) und verwies zur Begründung â unter Angabe von Rechtsprechungs- und Literaturnachweisen â auf die Regelung des  15 Abs. 5 (Satz 2) RVG.

Mit "Kostenfestsetzungsbeschluss" (gemeint: Vergaltungsfestsetzungsbeschluss) vom 13.05.2019 lehnte die UdG eine (weitere) Vergaltung aus der Staatskasse ab; die Tätigkeit des Erinnerungsfahrrers im PKH-Überprüfungsverfahren gehöre zur Tätigkeit im Hauptsacheverfahren und sei mit der dort gewährten Verfahrensgebahr abgegolten, denn der Auftrag zur Vertretung im PKH-Verfahren sei erst erledigt, wenn seit Beendigung des Hauptsacheverfahrens vier Jahre vergangen seien (Hinweis auf Oberlandesgericht â OLG â Nürnberg, Beschluss vom 27.08.2018, [10 WF 973/18](#), in juris).

Mit seiner hiergegen erhobenen Erinnerung machte der Erinnerungsfahrer im Wesentlichen geltend, dass die Rechtsprechung des OLG Nürnberg weder dem Wortlaut noch der Intention des [ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) entspreche. Die gesetzliche Fiktion einer neuen anwaltlichen Tätigkeit trete alleine wegen eines mindestens zweijährigen "Ttigkeitsstillstands" ein, ohne dass es auf den vorherigen Abschluss eines Verfahrens oder anwaltlichen Auftrags ankomme. Außerdem sei die Entscheidung des OLG Hamm (Beschluss vom 17.11.2015, [II-6 WF 55/15](#), in juris) nicht berücksichtigt worden.

Mit Beschluss vom 21.08.2019 hat das SG die Erinnerung zurückgewiesen. Es hat sich der Auffassung der UdG angeschlossen und zur Begründung im Wesentlichen ausgefahrt, dass das PKH-Verfahren nach [ 16 Nr. 2 RVG](#) zu dem Hauptsacheverfahren S 18 R 1945/14 gehöre und damit auch ein entsprechendes

PKH-ÄrberprÄ¼fungsverfahren. Denn Letzteres zÄ¼hle zum (einheitlichen) Verfahren Ä¼ber PKH und ende erst mit Beendigung des vierjÄ¼hrigen Ä¼berprÄ¼fungszeitraums des [Ä§ 120a Abs. 1 Satz 4 ZPO](#) (Hinweis auf OLG Frankfurt/M., Beschluss vom 11.10.2016, [2 WF 237/16](#), in juris, mit Verweis auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs â¼ BGH -). Die Vorschrift des [Ä§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) fÄ¼hre zu keinem anderen Ergebnis, den der dort genannte "frÄ¼here Auftrag" finde erst mit Abschluss des PKH-ÄrberprÄ¼fungsverfahrens seine Erledigung. Soweit in der Literatur davon abweichend eine neue Angelegenheit i.S.d. [Ä§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) nach Ablauf von zwei Jahren seit Erledigung des zu Grunde liegenden Verfahrens angenommen werde, kÄ¼nne dem schon deshalb nicht gefolgt werden, weil zum Teil bereits offenbleibe, welches Verfahren (Hauptsache oder das ursprÄ¼ngliche PKH-Bewilligungsverfahren) gemeint sei. Zum anderen werde diese Auffassung auch gar nicht weiter begrÄ¼ndet. Aus der Entscheidung des OLG Hamm ergebe sich fÄ¼r den ErinnerungsfÄ¼hrer nichts GÄ¼nstiges. Auch gebiete der Zweck des [Ä§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) kein anderes Ergebnis (Verweis auf OLG Frankfurt/M., a.a.O.). Gegen den ihm am 27.09.2019 zugestellten Beschluss hat der ErinnerungsfÄ¼hrer am 11.10.2019 Beschwerde eingelegt. Zur BegrÄ¼ndung hat er im Wesentlichen geltend gemacht, dass die Frist des [Ä§ 124 Abs. 1 ZPO](#) (gemeint: [Ä§ 120a Abs. 1 Satz 4 ZPO](#)) die des [Ä§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) nicht verdrÄ¼nge. Es spiele dabei auch keine Rolle, ob das Verfahren "zur Aufhebung der PKH" nun mit dem Bewilligungsverfahren oder mit dem Hauptsacheverfahren dieselbe Angelegenheit bilde, denn in beiden FÄ¼llen sei [Ä§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) einschÄ¼rig. Im Rahmen dessen komme es alleine auf eine zweijÄ¼hrige "TÄ¼tigkeitspause" des Rechtsanwalts an. Nicht entscheidend kÄ¼nne die Frist des [Ä§ 120a Abs. 1 Satz 4 ZPO](#) sein, denn die Erledigung des PKH-Verfahrens spiele Ä¼berhaupt keine Rolle und die Norm statuiere auch keine "(Mindest-)Verfahrensdauer". Die Schlussfolgerung des OLG Frankfurt/M. â¼ auf das sich das SG gestÄ¼tzt habe â¼ sei im Ä¼brigen unzutreffend, wenn das OLG meine, dass die anwaltliche TÄ¼tigkeit im Ä¼berprÄ¼fungsverfahren keine neue Einarbeitung in die Materie erfordere, dies zeige etwa sein Aufwand im Verfahren L 9 AS 4548/16.

Zur weiteren Darstellung des Sachverhalts und des Beteiligtenvorbringens wird auf die Verfahrensakten erster und zweiter Instanz und die beigezogene SG-Akte S 18 R 1945/14 Bezug genommen.

II.

Ä¼ber die Beschwerde entscheidet der Berichterstatter des fÄ¼r Kostensachen alleine zustÄ¼ndigen 10. Senats des Landessozialgerichts (LSG) Baden-WÄ¼rttemberg als Einzelrichter ohne Mitwirkung ehrenamtlicher Richter ([Ä§ 155 Abs. 4 SGG](#), [Ä§ 56 Abs. 2 Satz 1](#) i.V.m. [Ä§ 33 Abs. 8 Satz 1 und Satz 3 RVG](#)); die Streitsache weist keine besonderen Schwierigkeiten tatsÄ¼chlicher oder rechtlicher Art auf und hat auch keine grundsÄ¼tzliche Bedeutung ([Ä§ 56 Abs. 2 Satz 1](#) i.V.m. [Ä§ 33 Abs. 8 Satz 2 RVG](#)).

Die statthafte und auch im Ä¼brigen zulÄ¼ssige Beschwerde ist unbegrÄ¼ndet. Das SG hat die Erinnerung gegen den VergÄ¼tungsfestsetzungsbeschluss der UdG vom

13.05.2019 zu Recht zurckgewiesen. Der Erinnerungsfhrer hat keinen Anspruch auf eine (weitere) Vergtung aus der Staatskasse fr seine Ttigkeit im PKH-berprfungsverfahren, denn sein diesbezuglicher Aufwand ist mit der ihm im Dezember 2015 gezahlten Vergtung abgegolten, ohne dass sich aus der Regelung des [15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) etwas Anderes ergibt. Das SG hat dies in der angefochtenen Entscheidung im Einzelnen ausfhrlich und zutreffend dargelegt. Der Senat sieht insoweit gem [142 Abs. 2 Satz 3 SGG](#) von einer weiteren Begrndung ab und weist die Beschwerde aus den oben zusammengefassten Grnden der angefochtenen Entscheidung zurck.

Lediglich ergnzend merkt der Senat im Hinblick auf das Beschwerdevorbringen Folgendes an:

Das PKH-berprfungsverfahren nach [73a Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 SGG](#), [120a ZPO](#) ist unter Zugrundelegung der hchstrichterlichen Rechtsprechung (vgl. BGH, Beschluss vom 08.12.2010, [XII ZB 38/09](#), in juris, Rdnrn. 16 ff. m.w.N., zum PKH-berprfungsverfahren nach [120 Abs. 4 ZPO](#) in der bis zum 31.12.2013 geltenden Fassung) die Fortfhrung respektive "Wiederaufnahme" (so Bundesarbeitsgericht BAG -, Beschluss vom 19.07.2006, [3 AZB 18/06](#), in juris, Rdnr. 11, zu [120 Abs. 4 ZPO](#) a.F.) des (ursprnglichen) PKH-Bewilligungsverfahrens, also ein Teil davon (BGH, Beschluss vom 08.12.2010, [XII ZB 38/09](#), a.a.O., Rdnr. 28). Dabei bildet das (gesamte) PKH-Verfahren mit dem Hauptsacheverfahren, fr das PKH bewilligt worden ist (hier: S 18 R 1945/14), eine Einheit und zwar selbst dann, wenn das Hauptsacheverfahren beendet ist (BGH, a.a.O.). Damit handelt es sich beim PKH-berprfungsverfahren auch in gebhrenrechtlicher Hinsicht um dieselbe Angelegenheit wie die des (Hauptsache-)Verfahrens, fr das (ursprnglich) PKH bewilligt worden ist ([16 Nr. 2 RVG](#); wie hier auch LSG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 03.12.2018, [L 5 SF 92/18 B E](#), in juris, Rdnr. 6; OLG Nrnberg, Beschluss vom 27.08.2018, [10 WF 973/18](#), a.a.O., Rdnr. 9; Schwarz in Hbschmann/Hepp/Spitaler, AO/FGO, [142 FGO](#) Rdnr. 181a, Stand: 02/2019; Mller-Rabe in: Gerold/Schmidt, RVG, 24. Aufl. 2019, VV 3335 Rdnr. 65; vgl. auch OLG Frankfurt/M., Beschluss vom 11.10.2016, [2 WF 237/16](#), a.a.O., Rdnrn. 13 f.; Gierl in: Mayer/Kroi, RVG, 7. Aufl. 2018, Nr. 3335 VV Rdnr. 18).

Demgem verdient der Rechtsanwalt, der von dem Beteiligten wie vorliegend unbedingt sowohl mit der Vertretung im Hauptsacheverfahren als auch mit der Vertretung im PKH-Verfahren beauftragt und in beiden Verfahren auch ttig geworden ist, grundstzlich nur die Gebhren des Hauptsacheverfahrens, denn gem [15 Abs. 2 RVG](#) kann der Rechtsanwalt die Gebhren in derselben Angelegenheit (s.o.) nur einmal fordern, sodass die Verfahrensgebhr fr das PKH-Verfahren (Nr. 3335 VV RVG) in diesem Fall vollstndig in der Verfahrensgebhr fr das Verfahren der Hauptsache (Nr. 3102 VV RVG) aufgeht (vgl. statt vieler nur Mller-Rabe in: Gerold/Schmidt, a.a.O., VV 3335 Rdnr. 64 m.w.N.).

Dies scheint zwar auch der Erinnerungsfhrer nicht in Zweifel zu ziehen, wenn er meint, darauf komme es berhaupt nicht an, weil [15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#)

ohnehin einschlägig sei und eine bloße "Tätigkeitspause" von zwei Jahren genüge. Dies ist indes unzutreffend. Entgegen dem Beschwerdevorbringen liegen die Voraussetzungen der Ausnahmevorschrift des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) gerade nicht vor.

Danach gilt die weitere Tätigkeit des Anwalts (nur dann) als neue Angelegenheit, wenn der "frühere Auftrag" seit mehr als zwei Kalenderjahren "erledigt" ist. Der BGH hat bereits zu der gleichlautenden Vorgängervorschrift des [Â§ 13 Abs. 5 Satz 2](#) der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO) entschieden, dass sowohl nach dem Gesetzeswortlaut als auch nach den Gesetzesmaterialien für die Festlegung des Zeitpunkts, zu dem der Lauf der Zwei-Jahres-Frist beginnt, (alleine) die Erledigung des Auftrags maßgeblich ist (BGH, Beschluss vom 30.03.2006, [VII ZB 69/05](#), in juris, Rdnr. 7 m.w.N.).

Von einer solchen Erledigung kann vorliegend aber keine Rede sein. Der "frühere Auftrag" des Erinnerungsführers war zum Zeitpunkt seines Tätigwerdens im PKH-Ärberverfahren mitnichten "erledigt".

Der maßgebliche (frühere) "Auftrag" des seinerzeitigen Klägers an den Erinnerungsführer im Sinne des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) war (auch) die Vertretung im PKH-Verfahren für das Hauptsacheverfahren S 18 R 1945/14. Nur weil das PKH-Verfahren mit dem Hauptsacheverfahren (gebührenrechtlich) eine Einheit bildet (s.o.), hat sich dieser Auftrag nicht mit der Beendigung der Hauptsache erledigt. Denn wie dargelegt umfasst das PKH-Verfahren auch ein etwaiges Ärberverfahren nach [Â§ 120a ZPO](#) bzw. Letzteres ist ein (integraler) Teil des Verfahrens "Prozesskostenhilfe". Demgemäß bezieht sich der (unbeschränkte) Auftrag des Mandanten auf die Vertretung im gesamten PKH-Verfahren; dieser Auftrag ist nicht erledigt, solange das PKH-Verfahren noch nicht (endgültig) abgeschlossen ist.

Ob der Auftrag zur Vertretung im PKH-Verfahren mit Wirkung im Außenverhältnis zulässig beschränkt werden kann etwa dahingehend, dass der Auftrag erledigt sein soll, sobald PKH bewilligt worden ist oder eine Auftragserteilung unter ausdrücklichem Ausschluss der Vertretung in einem PKH-Ärberverfahren kann dahinstehen (verneinend etwa Landesarbeitsgericht LAG Köln, Beschluss vom 25.07.2019, [9 Ta 101/19](#), in juris, Rdnrn. 11 ff. m.w.N.), denn Derartiges ist nicht geltend gemacht und auch ansonsten nicht ersichtlich; namentlich auch die dem SG vorgelegte Vollmacht (Bl. 3 SG-Akte S 18 R 1945/14) enthält nichts, was als Indiz für eine entsprechende Beschränkung herangezogen werden könnte (zur Indizwirkung einer Vollmacht vgl. Mayer in Gerold/Schmidt, a.a.O., [Â§ 60 Rdnr. 7 m.w.N.](#)). Offenbleiben kann damit auch, ob im Falle einer solchen Beschränkung überhaupt die Erstreckung der Beiordnung nach [Â§ 48 Abs. 4 Satz 2 RVG](#), die Grundvoraussetzung für einen Vergütungsanspruch gegen die Staatskasse ist ([Â§ 45 Abs. 1 RVG](#)), auf "das" Verfahren über die PKH dann noch eingreifen würde.

Von einem Abschluss bzw. einer Beendigung des PKH-Verfahrens im obigen Sinne kann im Hinblick auf die Regelung des [Â§ 120a Abs. 1 Satz 3 ZPO](#), wonach der

Beteiligte "auf Verlangen des Gerichts jederzeit erklären muss", ob eine Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist, erst dann gesprochen werden, wenn seit der rechtskräftigen Entscheidung oder der sonstigen Beendigung des Verfahrens (wobei insoweit die Hauptsache gemeint ist, s. nur Schultzy in: ZÄ¶ller, ZPO, 33. Aufl. 2020, Â§ 120a Rdnr. 12 m.w.N.) vier Jahre vergangen sind ([Â§ 120a Abs. 1 Satz 4 ZPO](#)). Denn erst dann ist eine Änderung zum Nachteil des Beteiligten ausgeschlossen und erst dann ist der "Auftrag" zur Vertretung im PKH-Verfahren "erledigt", sodass auch erst dann die Frist des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) zu laufen beginnt (wie hier LSG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 03.12.2018, [L 5 SF 92/18 B E](#), a.a.O., Rdnr. 8; OLG Nürnberg, Beschluss vom 27.08.2018, [10 WF 973/18](#), a.a.O., Rdnr. 13; OLG Frankfurt/M., Beschluss vom 11.10.2016, [2 WF 237/16](#), a.a.O., Rdnr. 14; Schultzy in: ZÄ¶ller, a.a.O., Rdnr. 4; Schwarz in Häbschmann/Hepp/Spitaler, a.a.O.; vgl. auch Mayer in: Gerold/Schmidt, a.a.O., Â§ 15 Rdnr. 136a). Diese Vier-Jahres-Frist mit Beginn Mitte November 2015 (Erledigung des Hauptsacheverfahrens) war vorliegend zum Zeitpunkt der Einleitung des Überprüfungsverfahrens im Oktober 2018 noch nicht abgelaufen.

Nur am Rande merkt der Senat an, dass [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) auch dann nicht eingreifen würde, wenn der seinerzeitige Kläger den Erinnerungsführer im Überprüfungsverfahren (erneut bzw. erweiternd) beauftragt haben sollte, was der Erinnerungsführer indes nicht einmal behauptet hat. Denn dann stünde dem erhobenen Gebührenanspruch bereits die Regelung des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 1 RVG](#) entgegen (OLG Nürnberg, Beschluss vom 27.08.2018, [10 WF 973/18](#), a.a.O., Rdnr. 12).

Soweit der Erinnerungsführer meint, dieses Normverständnis ignoriere den Wortlaut des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#), ist dies nicht nachvollziehbar, der Wortlaut erfordert gerade ein Abstellen auf den "früheren Auftrag" und dessen "Erledigung". Ein Abstellen auf die (erledigte) Hauptsache als "dieselbe Angelegenheit" ([Â§ 16 Nr. 2 RVG](#), s.o.) kommt im gegebenen Zusammenhang gerade nicht in Betracht, weil davon in [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) schlicht nicht die Rede ist; dass der Gesetzgeber die Begriffe "Auftrag" und "Angelegenheit" auch nicht synonym verwendet, ergibt sich z.B. aus der Formulierung in [Â§ 15 Abs. 4 RVG](#).

Soweit sich der Erinnerungsführer auf den Beschluss des Amtsgerichts (AG) Trier vom 11.02.2014 ([37 F 177/10](#), in juris) beruft, lässt sich der Entscheidung schon nicht entnehmen, welches erledigte "Verfahren" das AG im dortigen Fall überhaupt gemeint hat. Sollte es freilich ohne weitere Begründung das Hauptsacheverfahren gemeint haben, folgt dem der Senat entsprechend der obigen Darlegungen nicht.

Aus den nämlichen Gründen vermag der Senat auch nicht mit dem SG auch nicht der vom Erinnerungsführer aufgeführten Literaturmeinung zu folgen. Die Autoren begründen entweder ihre Auffassung nicht weiter (etwa Dörbeck in: Prätting/Helms, FamFG, 4. Aufl. 2018, Â§ 76 Rdnr. 82; N. Schneider in: Anwaltkommentar RVG, 8. Aufl. 2017, Â§ 15 Rdnr. 297, der sich der o.a. Entscheidung des AG Trier ohne Begründung anschließt) bzw. setzen einfach

"Erledigung des fr¹/₄heren Auftrags" mit "Erledigung der Hauptsache" gleich (z.B. F¹/₄llsch in: Anwaltkommentar RVG, 8. Aufl. 2017, VV 3335 Rdnr. 24; N. Schneider, NZFam 2014, 1127, 1128; ihm ohne weitere Begr¹/₄ndung folgend Mayer, FD-RVG 2018, 410921), oder stellen schlicht ¹/₄ ohne Ber¹/₄cksichtigung der oben zitierten h¹/₄chstrichterlichen Rechtsprechung ¹/₄ auf die Erledigung des (urspr¹/₄nglichen) PKH-Bewilligungsverfahrens ab (N. Schneider in: Anwaltkommentar RVG, a.a.O.; ders., [NZFam 2017, 625](#)) und ¹/₄bersehen damit, dass das PKH-Verfahren bis zum Ablauf der Frist des [Â§ 120a Abs. 1 Satz 4 ZPO](#) gerade noch nicht beendet ist, sondern jederzeit wieder aufgenommen werden kann. Namentlich auch der Hinweis von N. Schneider ([NZFam 2017, 625](#)), dass aus [Â§ 16 Nr. 3 RVG](#) folge, dass es sich um verschiedene Verfahren handle, erschlie¹/₄t sich dem Senat im ¹/₄brigen schon deshalb nicht, weil er selbst (a.a.O.) ¹/₄ insoweit zutreffend ¹/₄ unter Hinweis auf [Â§ 16 Nr. 2 RVG](#) davon ausgeht, dass das Verfahren ¹/₄ber die "Bewilligung, Aufhebung oder Ab¹/₄nderung der Verfahrenskostenhilfe" mit zur Hauptsache z¹/₄hlt. Im ¹/₄brigen ber¹/₄cksichtigt er ¹/₄ im Gegensatz zum Senat ¹/₄ nicht die oben zitierte Rechtsprechung des BGH, dass es sich beim PKH-¹/₄berpr¹/₄fungsverfahren um einen (integralen) Teil des PKH-Bewilligungsverfahrens handelt, sodass von "mehreren" Verfahren ¹/₄ber die PKH i.S.d. [Â§ 16 Nr. 3 RVG](#) keine Rede sein kann. Deswegen ist es alleine deshalb schon verfehlt, im Rahmen des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) auf die Erledigung des (urspr¹/₄nglichen) PKH-Bewilligungsverfahrens abzustellen.

Soweit der Erinnerungsf¹/₄hrer unter Hinweis auf eine Entscheidung des OLG Hamm (Beschluss vom 17.11.2015, [II-6 WF 55/15](#), in juris, Rdnr. 13) meint, aus [Â§ 48 Abs. 4 RVG](#) w¹/₄rde sich etwas G¹/₄nstiges f¹/₄r seinen weitergehenden Verg¹/₄tungsanspruch ergeben, ist dies nicht nachvollziehbar. Denn der obigen Pr¹/₄fung liegt ja gerade zu Grunde, dass sich die Beiordnung mit Beschluss des SG vom 04.12.2014 gem¹/₄ [Â§ 48 Abs. 4 Satz 2 RVG](#) auch auf das PKH-(¹/₄berpr¹/₄fungs-)Verfahren erstreckt, andernfalls w¹/₄re ¹/₄ wie oben bereits ausgef¹/₄hrt ¹/₄ ein Verg¹/₄tungsanspruch gegen die Staatskasse mangels Beiordnung von vornherein ausgeschlossen. Der Erinnerungsf¹/₄hrer verkennt, dass das OLG Hamm im dortigen Fall lediglich darauf hingewiesen hat, dass im zivil- bzw. familiengerichtlichen Verfahren eine Verg¹/₄tung aus der Staatskasse f¹/₄r ein PKH- bzw. Verfahrenskostenhilfe-(VKH-)Verfahren schon deshalb nicht in Betracht kommt, weil sich die Beiordnung grunds¹/₄tzlich ¹/₄ und eben anders als im sozialgerichtlichen Betragsrahmengen¹/₄hrenverfahren auf der Grundlage des [Â§ 48 Abs. 4 Satz 2 RVG](#) ¹/₄ gar nicht auf ein solches Verfahren bezieht und PKH/VKH f¹/₄r ein PKH-/VKH-Verfahren ¹/₄ einschlie¹/₄lich einem Verfahren nach [Â§ 120a ZPO](#) ¹/₄ grunds¹/₄tzlich ¹/₄berhaupt nicht gew¹/₄hrt werden kann (s. dazu auch M¹/₄ller-Rabe in: Gerold/Schmidt, a.a.O., VV 3335 Rdnr. 31 m.w.N.).

Soweit der Erinnerungsf¹/₄hrer schlie¹/₄lich entgegen dem OLG Frankfurt/M. (Beschluss vom 11.10.2016, [2 WF 237/16](#), a.a.O., Rdnr. 14) meint, der Zweck des [Â§ 15 Abs. 5 Satz 2 RVG](#) w¹/₄rde in F¹/₄llen wie dem vorliegenden f¹/₄r eine Anwendung dieser Regelung streiten, ist dem zun¹/₄chst entgegenzuhalten, dass der ausdr¹/₄ckliche Wortlaut der Norm ¹/₄ wie auch bereits die bis zum 30.06.2004 geltende Vorg¹/₄ngervorschrift der BRAGO (s. dazu bereits oben) ¹/₄ gerade nicht ein irgendwie geartetes "Ruhen" der anwaltlichen T¹/₄tigkeit gen¹/₄gen l¹/₄sst,

sondern auf die Erledigung des jeweiligen "Auftrags" abstellt. Dass der Anwalt über den Gesetzeswortlaut hinaus ein (weitergehendes) Gebühreninteresse hat, rechtfertigt für sich gesehen keine erweiternde respektive entsprechende Anwendung der Norm auf alle Fälle, in denen die anwaltliche Tätigkeit aus welchen Gründen auch immer länger als zwei Kalenderjahre "zum Stillstand" kommt. Denn dafür wäre neben einer vergleichbaren Interessenlage (im übrigen hier zu Lasten der Staatskasse und in noch perpetuierender Abweichung zum zivil-/familiengerichtlichen Verfahren, in denen eine Vergütung nach Nr. 3335 VV RVG aus der Staatskasse ohnehin von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht in Betracht kommt, s.o.) auch eine planwidrige Regelungslücke erforderlich (vgl. Senatsbeschluss vom 02.07.2019, [L 10 SF 4254/18 E-B](#), in juris, Rdnr. 21).

Eine solche vermag der Senat nicht zu erkennen. Das OLG Hamm (Beschluss vom 17.11.2015, [II-6 WF 55/15](#), a.a.O., Rdnr. 16), auf dessen Entscheidung sich der Erinnerungsführer gerade beruft (s.o.), hat in anderem Zusammenhang nämlich im Hinblick darauf, dass eine Gebühr nach Nr. 3335 VV RVG im zivil-/familiengerichtlichen Verfahren grundsätzlich von vornherein nicht gegen die Staatskasse geltend gemacht werden kann zutreffend darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber lediglich für das sozialgerichtliche Verfahren mit der Einführung des [Â§ 48 Abs. 4 RVG](#) durch das 2.

Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (2. KostRMoG) vom 23.07.2013 ([BGBl. I S. 2586](#)) einen gebührenrechtlichen Änderungsbedarf betreffend das PKH-Verfahren gesehen hat. Da dem Gesetzgeber die oben zitierte Rechtsprechung des BGH ebenso bekannt war wie die Rechtslage nach [Â§ 13 Abs. 5 Satz 2 BRAGO](#) und vor dem Hintergrund, dass [Â§ 120a ZPO](#) fast zeitgleich mit dem 2. KostRMoG beschlossen wurde (Art. 1 Nr. 8 des Gesetzes zur Änderung des Prozesskostenhilfe- und Beratungshilferechts vom 31.08.2013, [BGBl. I S. 3533](#)), kann von einer planwidrigen Regelungslücke keine Rede sein.

Die Gebührenfreiheit des Beschwerdeverfahrens beruht auf [Â§ 56 Abs. 2 Satz 2 RVG](#); die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 56 Abs. 2 Satz 3 RVG](#).

Dieser Beschluss ist nicht anfechtbar ([Â§ 56 Abs. 2 Satz 1](#) i.V.m. [Â§ 33 Abs. 4 Satz 3 RVG](#)).

Erstellt am: 07.04.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024